

[dodis.ch/57590](https://dodis.ch/57590)

*Gespräche von EDA-Staatssekretär Jacobi in Beijing vom 4.–8. Mai 1991<sup>1</sup>*

BESUCH STAATSSSEKRETÄR KLAUS JACOBI IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA, IN HONG KONG UND AUF DEN PHILIPPINEN, 3.–15. MAI 1991

Bern, 21. Mai 1991

### *1. Ziel der Reise*

Das Ziel der Reise war ein vierfaches:

*Erstens* sollte die Universalität unserer Aussenpolitik unterstrichen werden, wobei klarzustellen war, dass Europa zwar eine Priorität jedoch keine Exklusivität in unseren Aussenbeziehungen darstellt.<sup>2</sup> Die allgemeine Stossrichtung der Ausführungen *J[acobi]s* war: Unsere Europapolitik ist darauf ausgerichtet, am Aufbau eines weltoffenen Europas und nicht am Bau einer «Festung Europa» teilzunehmen.

*Zweitens* ging es, was die VRC im Speziellen betrifft, darum, folgende Zeichen zu setzen:

- wir ermuntern die reformerischen Kräfte in der VRC, auf dem Weg der wirtschaftlichen und politischen Reformen voranzuschreiten;<sup>3</sup>
- wir erachten die Respektierung von Grund- und Menschenrechten als zentrales Element der internationalen Beziehungen allgemein und der bilateralen Kontakte zwischen der Schweiz und China im Besonderen;<sup>4</sup>

1 CH-BAR#E1010C#1996/219#470\* (354). Diese Notiz wurde höchstwahrscheinlich von den Botschaftssekretären der schweizerischen Botschaft in Beijing, Hans Jakob Roth und Rolf Lenz, verfasst. Die beiden Botschaftssekretäre waren bei allen Gesprächen anlässlich des Besuchs des Direktors der politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, anwesend und haben auch alle Gesprächsnotizen verfasst, vgl. die Zusammenstellung [dodis.ch/C1923](https://dodis.ch/C1923). Die schweizerische Delegation setzte sich aus Staatssekretär Jacobi, seinem diplomatischen Sekretär, Peter Maurer, sowie dem schweizerischen Botschafter in Beijing, Erwin Schurtenberger, zusammen. Gemäss dem vom Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, unterzeichneten Begleitschreiben wurde das vorliegende Dokument am 21. Mai 1991 als Informationsnotiz an die Mitglieder des Bundesrats verteilt. Gemäss Visum von Vizekanzler Achille Casanova hat der Rat in seiner Sitzung vom 29. Mai 1991 davon ohne weitere Diskussion Kenntnis genommen, vgl. das Faksimile [dodis.ch/57590](https://dodis.ch/57590) sowie das BR-Beschlussprot. II der 19. Sitzung des Bundesrats vom 29. Mai 1991, CH-BAR#E1003#2003/92#1\* (4.32).

2 Der Hinweis auf die Universalität der schweizerischen Aussenpolitik und die Idee, dass die Schweiz ihre Beziehungen nicht auf ihre europäischen Partner beschränken sollte, findet sich in zahlreichen Dokumenten zu bilateralen Besuchen der Schweiz, vgl. DDS 1990, Dok. 4, [dodis.ch/56233](https://dodis.ch/56233) (Mexiko), Dok. 26, [dodis.ch/56121](https://dodis.ch/56121) (Brasilien) und DDS 1991, Dok. 10, [dodis.ch/57647](https://dodis.ch/57647) (Südkorea und Singapur); Dok. 12, [dodis.ch/58462](https://dodis.ch/58462) (Argentinien); Dok. 47, [dodis.ch/57398](https://dodis.ch/57398) (Indien).

3 Zur innenpolitischen Situation Chinas vgl. [dodis.ch/58281](https://dodis.ch/58281).

4 Zur Lage der Menschenrechte in China vgl. die Zusammenstellung [dodis.ch/C1945](https://dodis.ch/C1945).



- wir stellen die Einheit der VRC nicht in Frage, erwarten aber den Respekt einer gewissen kulturellen Autonomie, insbesondere für Tibet.<sup>5</sup>

*Drittens* galt es, bezüglich des chinesischen Wunsches nach Investitionen, unsere Haltung klarzustellen:

- Investitionen sind primär eine Angelegenheit von Privaten;<sup>6</sup>
- Als Regierungen können wir die entsprechenden Rahmenbedingungen durch Doppelbesteuerungs- und Investitionsschutzabkommen schaffen;<sup>7</sup>
- Am wichtigsten sind jedoch politische und wirtschaftliche Stabilität sowie die Berechenbarkeit der Innen- und Aussenpolitik.

*Viertens* ging es, was die Philippinen betrifft darum, Manila unsere Anerkennung über die Fortschritte auf dem Weg der Demokratie,<sup>8</sup> des Rechtsstaates und der Menschenrechte auszudrücken und unsere Bereitschaft bezüglich Rechtshilfe in Sachen Marcos-Vermögen zu unterstreichen.<sup>9</sup>

## 2. Schwerpunkte und Gesprächspartner

Die Gespräche gliederten sich im Wesentlichen in zwei Teile: einen Meinungsaustausch über internationale Fragen, insbesondere über die Entwicklungen in der VRC einerseits, eine Erörterung bilateraler Fragen andererseits.<sup>10</sup>

Von chinesischer Seite wurde der Wille zu Reformen bekräftigt, gleichzeitig jedoch betont, China müsse seinen eigenen Weg gehen. Die VRC wünscht sich eine weitere Normalisierung der Beziehungen zu Westeuropa auf der Basis der vier folgenden Prinzipien:

- gegenseitige Achtung
- Suche nach Gemeinsamkeiten
- Nichteinmischung
- Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen

5 *Zur Lage in Tibet vgl. das Gespräch zwischen Staatssekretär Jacobi und dem Vizeminister der Staatskommission für Nationalitäten, Li Dezhu, vom 6. Mai 1991, [dodis.ch/57775](http://dodis.ch/57775) sowie die Aufzeichnung des Gesprächs zwischen dem Regierungspräsidenten des Autonomen Gebiets Tibet, Jiangeun Luobu, und dem Präsidenten des Nationalrats, Hans-Rudolf Nebiker, vom 29. Juli 1991, [dodis.ch/55587](http://dodis.ch/55587).*

6 *Zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und China vgl. [dodis.ch/57809](http://dodis.ch/57809).*

7 *Für das Doppelbesteuerungsabkommen vgl. das BR-Prot. Nr. 1058 vom 23. Mai 1990, [dodis.ch/56152](http://dodis.ch/56152) sowie die Botschaft über ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Volksrepublik China vom 16. Oktober 1990, [dodis.ch/55572](http://dodis.ch/55572). Für das Investitionsschutzabkommen vgl. AS, 1987, S. 589 sowie die Notiz des Bundesamts für Aussenwirtschaft des EVD vom April 1991, [dodis.ch/57809](http://dodis.ch/57809).*

8 *Zu den bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und den Philippinen vgl. den Schlussbericht des schweizerischen Botschafters in Manila, Max Dahinden, vom 7. August 1990, [dodis.ch/55438](http://dodis.ch/55438) sowie das Fernschreiben des schweizerischen Botschafters in Manila, Hanspeter Strauch, vom 29. April 1991, [dodis.ch/57909](http://dodis.ch/57909).*

9 *Zur Lage der Menschenrechte auf den Philippinen vgl. den Überblick der stv. Chefin des Dienstes für Menschenrechte der Direktion für Völkerrecht des EDA, Erika Schlaeppli, vom 26. April 1991 in der Beilage von [dodis.ch/57702](http://dodis.ch/57702). Vgl. ferner die thematische Zusammenstellung Marcos-Gelder, [dodis.ch/T1912](http://dodis.ch/T1912).*

10 *Für einen vollständigen Überblick über die Gespräche von Staatssekretär Jacobi und die vorbereitenden Dokumente des Besuchs vgl. die Zusammenstellung [dodis.ch/C1923](http://dodis.ch/C1923).*

*J[acobi]* unterstrich seinerseits den schweizerischen Wunsch nach einer entschlossenen Reformpolitik, innen- und aussenpolitischer Berechenbarkeit und der Respektierung elementarer Grundrechte.

Im Zentrum stand die Diskussion mit Vizeausserminister Tian,<sup>11</sup> weitere Gesprächspartner waren der stv. Ministerpräsident Zhu,<sup>12</sup> Aussenminister Qian,<sup>13</sup> der stv. Minister für Wirtschaft und Handel Gu,<sup>14</sup> der Minister für zivile Angelegenheiten Cui,<sup>15</sup> der stv. Staatsminister für Nationalitäten Li<sup>16</sup> sowie der Vertreter Chinas in der UNO-Menschenrechtskommission Tian.<sup>17</sup>

### 3. Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum

Was die erwähnte Region betrifft, zeigten sich die chinesischen Gesprächspartner skeptisch gegenüber der Idee einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien. Vielmehr brauche es drei Dinge:

- Realistische Schritte zur *Lösung der regionalen Konflikte*, wie z. B. in Kambodscha: Die VRC steht hinter dem Plan der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und betont die Notwendigkeit, diesen ohne grundlegende Retuschen umzusetzen.<sup>18</sup>
- Die *Verbesserung der bilateralen Beziehungen*: Die sino-sowjetischen, die sowjetisch-japanischen und die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea hätten sich in jüngster Zeit bereits verbessert; angesichts der grossen Ungleichgewichte in der Region müssten zunächst noch weitere bilaterale Verhältnisse bereinigt werden.<sup>19</sup>
- Den *Ausbau multilateraler Beziehungen dort, wo dies möglich sei*, d. h. primär auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit: in diesem Zusammenhang erwägt die VRC den Beitritt zur Asian Pacific Economic Cooperation (APEC).<sup>20</sup>

Was *Hong Kong und Taiwan* betrifft, bleibt die Haltung der VRC durch die Formel «one country two systems» geprägt. Peking anerkennt folglich Hong Kong und Taiwan als «regionale Körperschaften» nicht jedoch als souveräne Staaten, ist aber an einem pragmatischen Ausbau der Beziehungen interessiert (Verkehr, Post, Handel). Die VRC habe nichts gegen den *Ausbau nichtstaatlicher Beziehungen zwischen Drittstaaten und Taiwan*,<sup>21</sup> sie spricht sich jedoch gegen die Politik Taiwans aus, den Vertretungsbüros immer mehr staatliche Kompetenzen zu über-

11 Vgl. [dodis.ch/57773](http://dodis.ch/57773).

12 Vgl. [dodis.ch/57779](http://dodis.ch/57779).

13 Vgl. [dodis.ch/57774](http://dodis.ch/57774).

14 Vgl. [dodis.ch/57778](http://dodis.ch/57778).

15 Vgl. [dodis.ch/57776](http://dodis.ch/57776).

16 Vgl. [dodis.ch/57775](http://dodis.ch/57775).

17 Vgl. [dodis.ch/57777](http://dodis.ch/57777).

18 Zu *regionalen Fragen in Asien* vgl. [dodis.ch/57773](http://dodis.ch/57773) und zu Kambodscha vgl. die Notiz von Christian Hauswirth von der Politischen Abteilung II des EDA vom 12. Dezember 1991, [dodis.ch/58346](http://dodis.ch/58346).

19 Vgl. [dodis.ch/57773](http://dodis.ch/57773) und [dodis.ch/57774](http://dodis.ch/57774).

20 Zur APEC vgl. die Informationsnotiz von Bundesrat Delamuraz über seine Besuche in Südkorea und Singapur, DDS 1991, Dok. 10, [dodis.ch/57647](http://dodis.ch/57647) sowie [dodis.ch/57873](http://dodis.ch/57873).

21 Vgl. dazu die Notiz von Hauswirth vom 29. April 1991, [dodis.ch/58104](http://dodis.ch/58104).

tragen. Was die Aufnahme von Flugverbindungen zwischen Drittstaaten und Taiwan betrifft (Balair),<sup>22</sup> wünscht die VRC vorgängig informiert zu werden.

Die Bekräftigung Pekings, dass Hong Kong und Taiwan auch in einem wiedervereinigten China *Autonomie* beanspruchen sollten (letzteres sogar mit einer eigenen Armee), bleibt letztlich widersprüchlich: Mit Recht fragt man sich heute in Hong Kong, welche Autonomie man nach 1997 erhoffen kann, wenn Peking schon heute in der Frage des Baues des neuen Flughafens nicht nur Mitsprache, sondern umfassende Mitentscheidungsmöglichkeiten verlangt.

Immerhin scheint sich auch die VRC des *Zusammenhanges zwischen der Hong Kong- und der Taiwan-Problematik* bewusst: Je besser nämlich die Souveränitätsübergabe an die VRC in Hong Kong gelingt, umso eher dürfte die von der VRC erstrebte Integration Taiwans erfolgen; eine Krise rund um Hong Kong, in welchem dieses seinen wirtschaftlichen Sonderstatus verlieren würde, würde auch die Lösung der Taiwanfrage, die für die VRC ungleich wichtiger als Hong Kong ist, stark erschweren und hinauszögern.<sup>23</sup>

#### 4. Innere Entwicklung in der VRC

Bezüglich der inneren Entwicklung stach in allen Gesprächen die Sorge der VRC um die Einheit und Stabilität des Vielvölkerstaates (56 Nationalitäten) hervor.<sup>24</sup> Peking ist offensichtlich durch die Desintegrationstendenzen in der Sowjetunion zutiefst alarmiert. Nur so wird verständlich, dass alle Gesprächspartner mit Insistenz auf die Souveränität der VRC über Tibet zu sprechen kamen. Dabei wurde unterstrichen, Tibet sei seit über 700 Jahren Teil Chinas und erst die nach 1949 eingeführten demokratischen Reformen hätten es aus seiner Rückständigkeit befreit. Die Politik des Dalai Lama wird als secessionistisch verurteilt; ausserdem erachtet es Beijing als «grotesk», wenn dieser sich heute auf die Menschenrechte berufe, wo er doch alles getan habe, um die demokratischen Reformen gegen den Feudalismus zu hintertreiben.

*J[acobi]* stellt diesbezüglich die schweizerische Politik dar, welche den Dalai Lama als religiösen, nicht jedoch als politischen Führer betrachtet.<sup>25</sup>

Die Sorge um die Desintegration des Landes nährt sich auch am wachsenden Nord-Süd- respektive Ost-West-Gefälle. Bereits heute ist eine kaum noch kontrollierbare und kontrollierte Migration in Richtung Süden und in Richtung der Küstengebiete, welche seit Beginn der Reformpolitik unter Deng Hsiao Ping 1979 einen überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren haben, im Gange. Damit gehen politische Autonomiebestrebungen einher, welche durch die Hauptstadt nur noch schwer kontrolliert werden können; so musste Beijing kürzlich auf das bisher vom Zentrum kontrollierte Rotationsprinzip der Bürgermeister verzichten und ihre Wahl stattdessen lokalen Körperschaften überlassen. Noch kontrolliert Beijing die Gouverneure, was kürzlich deutlich wurde, als es den Ver-

22 *Die Schweiz wollte Direktflüge nach Taiwan einrichten, vgl. dazu das Dossier CH-BAR# E8150B#2005/304#419\** (14).

23 *Zu den Beziehungen zwischen China und Taiwan sowie Hong Kong vgl. die politischen Berichte Nr. 2 und 3 des schweizerischen Generalkonsuls in Hong Kong, Botschafter Jean-Marc Boillat, vom 15. bzw. 16. April 1991, [dodis.ch/59216](http://dodis.ch/59216) und [dodis.ch/59215](http://dodis.ch/59215).*

24 *Zur Frage der Nationalitäten und Minderheiten in China vgl. [dodis.ch/57775](http://dodis.ch/57775).*

25 *Vgl. dazu DDS 1991, Dok. 32, [dodis.ch/55589](http://dodis.ch/55589).*

treter in der Provinz Guandong, welcher sich gegenüber dem nahen Hong Kong allzu konziliant gezeigt hatte, kurzerhand ersetzte.

Nach wie vor lasten die Ereignisse von 1989<sup>26</sup> auf der chinesischen Innenpolitik, was in mehr oder weniger prononcierten Äusserungen der einzelnen Gesprächspartner deutlich wird. Während offensichtlich Li Peng weiterhin von einer durch Hong Kong unterstützten und kanalisierten Subversion ausgeht, betrachtet der stellvertretende Ministerpräsident Zhu 1989 als bedauerliche Ereignisse, gewissermassen als Unfall im Reformprozess, welcher insgesamt weitergehe.

Eine Gesamtschätzung der innenpolitischen Lage bleibt ausserordentlich schwierig. Offensichtlich sind aber folgende Elemente:

- Einhellig betonen alle Gesprächspartner den Willen zu Reform und Öffnung.
- Befragt nach den konkreten Inhalten dieser Begriffe wird deutlich, dass man möglicherweise an weitreichende wirtschaftliche Reformen denkt, nicht jedoch an einen grundlegenden politischen Systemwandel; während die einen der Fiktion vertrauen, wirtschaftliche Reformen könnten auf Dauer ohne politische Reformen durchgeführt werden, deuten andere an, wirtschaftliche Reformen müssten die Basis bilden für politische und gesellschaftliche Veränderungen.
- In diesem Sinne sind trotz relativ einheitlicher Sprachregelungen unterschiedliche Akzente bei den einzelnen Gesprächspartnern offensichtlich; wie jedoch im Einzelnen der Konflikt zwischen «Konservativen» und «Reformern» ausgetragen wird, und wie die Kräfteverhältnisse sind, bleibt unklar.

### 5. Bilaterale Beziehungen

Der Besuch erlaubte es, eine Art Standortbestimmung der bilateralen Beziehungen vorzunehmen und Entwicklungsmöglichkeiten auszuloten. Folgende Punkte wurden in den Gesprächen aufgegriffen:

- Die chinesische Seite bedankte sich über die Hilfe der Schweiz bei der *Waldbrandbekämpfung* und äusserte den Wunsch nach der Entsendung einer Delegation des SKH, um die chinesischen Katastrophenverantwortlichen in schweizerischen Methoden und in der Organisation von Hilfsaktionen zu instruieren.<sup>27</sup>
- Die chinesische Seite begrüsst die bevorstehenden Besuche der Herren Hug (BIGA) und Ursprung (GWF) und wünscht sich einen Ausbau der Beziehungen, besonders im Bereich von *Wissenschaft und Forschung*.<sup>28</sup>
- Die chinesische Seite bedauert die Einstellung der *Zusammenarbeit im militärischen Bereich* und wünscht mindestens die Erfüllung der bereits vereinbarten Lieferungen.<sup>29</sup>

J[acobi] erläutert die schweizerische Kriegsmaterialexportpolitik (Kriterien des Spannungsgebietes und der Menschenrechtslage); ausserdem verweist er auf den Umstand, dass im Gefolge des Golfkrieges Kriegsmaterialexporte innenpolitisch auf wachsende Widerstände stossen. Andererseits ist unverkennbar, dass die Schweiz mit der Blockierung vertraglich vereinbarter Lieferungen (Contraves-Geschäft) in einer schwierigen Lage ist, da unsere Vertragstreue und damit unsere Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht. Es wird daher unter Umständen zu prüfen

26 Vgl. die thematische Zusammenstellung Tian'anmen (1989), [dodis.ch/T1714](http://dodis.ch/T1714).

27 Vgl. [dodis.ch/58107](http://dodis.ch/58107) und [dodis.ch/57776](http://dodis.ch/57776).

28 Vgl. [dodis.ch/58279](http://dodis.ch/58279).

29 Vgl. [dodis.ch/58105](http://dodis.ch/58105).

sein, ob bezüglich des Contraves-Geschäftes eine einmalige Ausnahmegewährung gewährt werden müsste.<sup>30</sup>

- Von schweizerischer Seite wird ein Memorandum bezüglich der Fortsetzung der *Entschädigungsverhandlungen* übergeben;<sup>31</sup> ausserdem wird über den Stand der *Ratifikation des Doppelbesteuerungsabkommens* und über die bevorstehende Aufnahme der Verhandlungen über einen dritten Mischkredit informiert.<sup>32</sup>

#### 6. Das Kernproblem der Menschenrechte

Hauptproblem in den bilateralen Beziehungen bleibt die Menschenrechtsfrage. Diese kam in allen Unterredungen zur Sprache; in einer Diskussion mit dem Menschenrechtsverantwortlichen der Regierung<sup>33</sup> und im Vortrag *J[acobi]*s vor dem Institut für internationale Studien<sup>34</sup> wurde die Problematik vertieft. Die Unterschiede in der Menschenrechtskonzeption und der Menschenrechtspraxis bleiben gross, hält doch die VRC prinzipiell an der These fest, Menschenrechte gehörten zu den internen Angelegenheiten der Staaten.<sup>35</sup> Andererseits hat die chinesische Seite grundsätzlich positiv auf den schweizerischen Vorschlag nach einem Dialog über Menschenrechtsfragen reagiert. Dieser sieht vor, in einem ersten Schritt eine schweizerische Delegation (ein Menschenrechtsexperte der Zentrale in Begleitung von Botschafter Schurtenberger) in die VRC zu entsenden;<sup>36</sup> diese sollte sich einen Einblick in die Menschenrechtssituation verschaffen können (Dialog über Strafvollzug, Gefängnisbesuche etc.); umgekehrt sollte eine chinesische Delegation die schweizerische Praxis studieren können und sich mit schweizerischen Menschenrechtsexperten unterhalten können. Im Gegensatz zu ähnlichen Initiativen anderer westlicher Staaten zielt der schweizerische Vorschlag auf den Aufbau eines nichtinquisitorischen Dialogs, welcher der chinesischen Seite ein «face saving» erlaubt und konkret zur Besserung der Menschenrechtssituation beiträgt.

<sup>30</sup> Vgl. dazu [dodis.ch/58350](http://dodis.ch/58350), Punkt C.

<sup>31</sup> Vgl. die Notiz des Chefs der Sektion Entschädigungsabkommen der Direktion für Völkerrecht des EDA, Othmar Bühler, vom 26. April 1991, [dodis.ch/58283](http://dodis.ch/58283).

<sup>32</sup> Zum Doppelbesteuerungsabkommen vgl. das BR-Prot. Nr. 1058 vom 25. Mai 1990, [dodis.ch/56152](http://dodis.ch/56152) und die Botschaft des Bundesrates über ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Volksrepublik China vom 16. Oktober 1990, [dodis.ch/55572](http://dodis.ch/55572). Zum Mischkredit vgl. das BR-Prot. Nr. 1481 vom 21. August 1991, [dodis.ch/57533](http://dodis.ch/57533).

<sup>33</sup> Jin Tian.

<sup>34</sup> Für den Vortrag Staatssekretärs Jacobi vom 7. Mai 1991 vgl. das Dossier CH-BAR#E2860-01#2006/99#7\* (03).

<sup>35</sup> Vgl. dazu ferner [dodis.ch/57777](http://dodis.ch/57777).

<sup>36</sup> Vgl. den Bericht des Sektionschefs des Dienstes für Menschenrechte des EDA, Jean-Daniel Vigny, vom 10. Januar 1992, [dodis.ch/59214](http://dodis.ch/59214).